

Atomlobby hat gesiegt : jetzt hat das Volk das Wort!

Autor(en): **Kuhn, Eva**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES**

Band (Jahr): - **(2001)**

Heft 1: **Warten bis es knallt!**

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

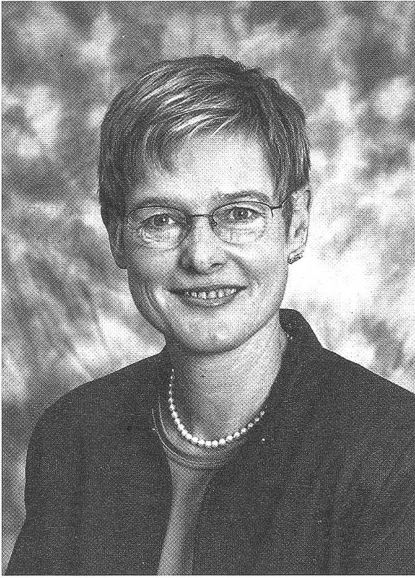
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.



Eva Kuhn, SES-Präsidentin

Atomlobby hat gesiegt – jetzt hat das Volk das Wort!

Jetzt ist die Katze aus dem Sack und lässt keine Zweifel offen: Es ist die Atomindustrie, welche in dieser Auseinandersetzung gesiegt hat. Statt eine wirklich zukunftsorientierte Revision des Atomgesetzes zu präsentieren, serviert der Bundesrat ein mutloses, rückwärtsgerichtetes, perspektivenloses Atomförderungsgesetz.

In meinen Augen nimmt der Bundesrat seine Verantwortung nicht wahr. Er hat es versäumt,

- die Befristung der AKW-Betriebszeiten verbindlich zu regeln;
- die Finanzierung für Stilllegung und Entsorgung durch die AKW-Betreiber sicherzustellen;
- die unrentable und gefährliche Wiederaufbereitung ab sofort zu verbieten;
- ein Lagerkonzept für den Atom-müll zu erstellen, wie es die Umweltorganisationen seit Jahren verlangen;
- die AKW-Betreiber auf ihre unbeschränkte Haftpflicht festzulegen.

Der bundesrätliche Entwurf des Atomenergiegesetzes stellt für die Energiepolitik unseres Landes einen Rückschritt in die Zeit vor dem Moratorium dar. Mit dem anachronistischen Bekenntnis zur Atomenergie verhindert sie gleichzeitig den Einstieg in eine zukunftsorientierte Energiepolitik, eine Energiepolitik der Energieeffizienz und der umweltfreundlichen Energien. Gleichzeitig schreitet sie auch zurück hinter ihre eigenen energiepolitischen Ziele vom September 2000 – immerhin entstanden Förderabgabe und Umweltafgebabe unter der Mitwirkung des Bundesrates! Ich frage mich, wo die Wahrnehmungssorgfalt unserer obersten Bun-

desbehörde bleibt. So konnten keinerlei bundesrätliche Reaktionen auf die mit etlichen Problemen belastete Betriebsaufnahme des ZWILAGs wahrgenommen werden. Fast schizophren mutet es dagegen an, wie andererseits bundesrätlich auf das Balkansyndrom reagiert wurde – natürlich nehme ich dies auch ernst. Jedoch sind die mit der Atomenergie verbundenen enormen gesundheitlichen Risiken überhaupt kein Thema innerhalb der bundesrätlichen Traktandenliste. Ebenso werden systematisch die Kosten für die Stilllegung und die Entsorgung der bestehenden AKWs völlig unterschätzt. In der vorliegenden Botschaft zum Atomenergiegesetz können wir es jetzt schwarz auf weiss lesen: Am Schluss zahlt der Bund, sprich die SteuerzahlerInnen.

Der Bundesrat gibt mit seiner Botschaft zur Revision des Atomenergiegesetzes Antwort auf die Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus». Mit seiner rückwärts orientierten Botschaft zum Atomenergiegesetz rennt er jedoch einem Mythos nach statt Sachpolitik zu betreiben. Zusammen mit den Umweltverbänden der Schweiz wird es während der nächsten Monate und Jahre eine der wichtigsten Aufgaben der SES sein, die Energiepolitik unseres Landes in Richtung Nachhaltigkeit zu lenken, weg von der Sackgasse Atomenergie.

Die kommende Zeit wird uns alle sehr fordern; die Abstimmung über die Initiativen «Strom ohne Atom» und «MoratoriumPlus» sind die grosse Herausforderung für eine Energiepolitik der Zukunft. Mit Ihrer Unterstützung können wir es schaffen!

□